

Information der Heinrich-Böll-Stiftung zu den Vorwürfen der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU)

Worum geht's?

Die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung hat wie alle politischen Stiftungen den Auftrag, demokratische Bildungsarbeit zu leisten. Wir organisieren Debatten, Seminare, Konferenzen, geben Publikationen heraus und nutzen das Internet für Hintergrundinformationen und Diskussionsbeiträge aus aller Welt. Viele Veranstaltungen finden in unserem Konferenzzentrum in Berlin statt. Für die Bestuhlung der Räume, die Konferenztechnik und die Bewirtung unserer Gäste nutzen wir die Unterstützung externer Dienstleister - wie die meisten großen Veranstalter. Auch Gebäudereinigung, Empfang und Haustechnik sind extern vergeben.

Prekäre Arbeitsbedingungen, Dumpinglöhne? Die Fakten

Unsere Arbeit wird überwiegend aus Steuergeldern finanziert. Wir sind verpflichtet, sie sparsam und wirtschaftlich einzusetzen. Das tun wir auch. Wie andere vom Bund finanzierte Einrichtungen unterliegen wir dem Zuwendungs- und Vergaberecht. Wir schreiben Dienstleistungen aus, den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Selbstverständlich setzen auch wir uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Wir können aber nicht einfach Firmen beauftragen, die den von den Grünen geforderten Mindestlohn zahlen. Allerdings achten wir strikt darauf, dass sie mindestens Tariflöhne zahlen. In einigen Bereichen verdienen die externen Mitarbeiter/innen sogar mehr als der Tarif für den öffentlichen Dienst vorsieht.

Warum beschäftigen wir überhaupt externe Dienstleister?

Die Arbeiten im Konferenzbereich fallen unregelmäßig an, je nach Zahl und Größe unserer Veranstaltungen. Es macht Sinn, damit externe Dienstleister zu beauftragen, die eine Vielzahl von Kunden bedienen und ihren Arbeitskräften eine kontinuierliche Beschäftigung anbieten können. Unter dem Strich ist diese Lösung kostengünstiger. Wir bemühen uns, ein guter Arbeitgeber zu sein und unseren Mitarbeiter/innen familienfreundliche Arbeitszeiten, gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung zu bieten. Aber zugleich wollen wir möglichst viele Mittel in unseren Kernauftrag stecken: die politische Bildungsarbeit. Gäben wir mehr aus für Personal und Verwaltung, ginge das zu Lasten der inhaltlichen Projekte.

Haben wir Mitarbeiter/innen gekündigt, weil sie gegen uns klagen?

Diesen Vorwurf weisen wir entschieden zurück! Wir haben nicht gekündigt. Der Vertrag mit der Dienstleistungsfirma für den Veranstaltungsservice lief regulär am 31. Juli 2013 aus. Wir haben neu ausgeschrieben und neu vergeben. Die bisherige Firma hat sich nicht wieder beworben. Die neue Firma zahlt nach dem Zeitarbeitstarifvertrag iGZ.

Und warum steht die Heinrich-Böll-Stiftung dann vor Gericht?

Drei Mitarbeiter der früheren Firma haben Klage eingereicht. Sie wollen eine Festanstellung bei der Stiftung, weil der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (den wir anwenden) einen höheren Stundenlohn für einfache Tätigkeit vorsieht als der Zeitarbeitstarif. Das Gerichtsverfahren dreht sich aber nicht um die Bezahlung. Vielmehr geht es um die Frage, ob der Einsatz der externen Arbeitskräfte einem Dienstleistungsvertrag entsprach oder de facto ein Arbeitsverhältnis zwischen ihnen und der Stiftung begründete. Nur darüber urteilt das Gericht.

Weshalb die Grünen die falsche Adresse für Proteste sind

Wenn jetzt die FAU, eine anarcho-syndikalistische Organisation, versucht, die Grünen unter Druck zu setzen, um ihren Konflikt mit der Heinrich-Böll-Stiftung auszutragen, behandelt sie die Stiftung wie eine Untergliederung der Partei. Das sind wir aber nicht. Wir legen Wert auf unsere Eigenständigkeit und treffen unsere Entscheidungen in eigener Verantwortung. Die FAU hat einen Konflikt mit der Stiftung. Es offenbart ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn sie dafür die Grünen in Haftung nehmen will.

Weitere Informationen: www.boell.de